

Bezugspreis:

Wochenschrift 2.-Mk. monatlich 4.-Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 26. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verhandlungen in Hamburg.

Sitzung der drei sozialdemokratischen Parteien — Verhandlungen mit den Regierungstruppen.

Hamburg, 26. Juni, 9 1/2 Uhr vormittags. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Danach fand im Rathaus eine Besprechung zwischen Mitgliedern des Hamburger Senats, der Betriebsräte, des Großen Arbeiterrats und der drei Parteien.

- 1. Sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten, insbesondere des Vorgehens gegen die Bahnenfelder.
2. Herausgabe der im Rathaus gemachten Gefangenen.
3. Rückgabe der widerrechtlich geraubten Sachen an die Volkswehr.

Die Entscheidung über diese Punkte wird heute vormittag von den Betriebsräten und den Parteien gefällt werden.

Die Arbeiterschaft an Moske.

Hamburg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die heute verammelten sämtlichen Betriebsräte, Vertrauensleute und Angehörtenausschüsse aller organisierten Arbeiter von Groß-Hamburg, die die volle Ruhe und Ordnung in Groß-Hamburg innerhalb eines Tages wiederhergestellt haben, erklären, die Gewähr für die fernere Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Groß-Hamburg geben zu können.

Die Stellung der Volkswehr.

Hamburg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

„Die Volkswehr Groß-Hamburgs erklärt nachdrücklich, daß sie unter keinen Umständen gegen Regierungstruppen mit Waffengewalt vorgehen will.“

In der Debatte wurde von mehreren Rednern betont, daß die Volkswehr mit der organisierten Arbeiterschaft die Ruhe und Sicherheit in Hamburg unter allen Umständen gewährleisten wird.

Müller und Bell unterzeichnen.

Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, nach Versailles zwecks Unterzeichnung des Friedensvertrages zu gehen.

Die Schraube zieht an.

Versailles, 25. Juni. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau hat heute nachstehende Note an den Gesandten v. Daniel gerichtet:

Paris, den 25. Juni 1919.

Herr Vorsitzender!

Indem ich Ihnen den Empfang Ihrer Mitteilung vom 24. Juni dieses Jahres betreffend das Abkommen bezüglich der militärischen Besetzung der rheinischen Gebiete bestätige, beehre ich mich, Ihnen in Erinnerung zu bringen, daß kraft des Artikels 432 der von der deutschen Regierung augenblicklich angenommenen Friedensbedingungen Deutschland jetzt schon die Verpflichtung hat, den Inhalt dieses Abkommens zu beobachten.

Es ist demnach nicht statthaft, diesbezügliche Unterhandlungen zu eröffnen, und die Urkunde, um die es sich handelt, muß gleichgültig mit dem Vertrag unterzeichnet werden.

Geschwigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Friedensvertrag und der Osten.

Haag, 26. Juni. (Melbung des Holländisch Bureauaus.) Aus Paris wird gemeldet: Clemenceau hat an die deutsche Delegation eine Note gerichtet, die sich mit dem Widerstand gegen die Errichtung der polnischen Verwaltung in gewissen Polen durch den Friedensvertrag zugewiesenen Gegenden befaßt.

Scapa Flow.

Versailles, 26. Juni. Dem Gesandten v. Daniel wurden heute noch zwei Noten der Entente überreicht. Die eine davon handelt von der Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow und die Verbrennung der französischen Fahnen in Berlin.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Versailles, 25. Juni. „L'Echo“ meldet: Lord Milner ist in Paris eingetroffen, wo er bis nach der Friedensunterzeichnung verbleiben wird. In Konferenzkreisen hofft man, daß der Vizekönig seine Anwesenheit dazu benutzen wird, um das Schicksal der deutschen Kolonien endgültig zu regeln.

Der frondierende General Hoffmann.

Er erkennt den Friedensvertrag nicht an.

Der General Hoffmann, der in Bresl-Litowsk mit der Faust auf den Tisch schlug, fühlt auch weiter den Beruf in sich, den starken Mann zu spielen. Zwei alldeutsche Blätter, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bringen folgende übereinstimmende Meldung:

„General Hoffmann, der bekannte frühere Mitarbeiter des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, autorisiert uns zu der Mitteilung, daß er in dem ihm unterstellten Abschnitt auch gegen den Befehl der Regierung keinen Fußbreit deutschen Bodens preisgeben, sondern die Grenze mit bewaffneter Hand verteidigen wird.“

Die „Neuesten Nachrichten“ versehen diese Herausforderungen bezeichnenderweise mit der Ueberschrift: „Aus dem Osten bricht der Freiheit (!) Licht!“

Das Verhalten des Generals ist Reuterei, die für das deutsche Volk die schwersten und unübersehbaren Folgen haben kann. Nach unserer Ansicht kann es nur eine Maßnahme für die Regierung geben: sofortige Abberufung des L. D. R. Süd!

Hamburg.

„Arbeitsherrschaft in Hamburg“ überschreibt die „Freiheit“ mit großen Lettern ihren Bericht über die unheilvollen Ereignisse, die sich gestern in Deutschlands größter Hafenstadt zugetragen haben.

Inzwischen hat die Reichsregierung die Reichs-Exekution gegen Hamburg angeordnet. Die Reichsregierung ist also mit der „Arbeitsherrschaft“ in Hamburg gar nicht zufrieden und wünscht, sie so rasch wie möglich wieder zu beseitigen.

Es ist ein verbrecherischer Schwindel, den Arbeitern zu erzählen, im Reich seien sie unterdrückt, und sie könnten sich durch blutige Kämpfe, die irgendeine Clique an die Macht bringen, zu Herrschern machen.

Im Namen der organisierten Massenbewussten Arbeiterschaft protestieren wir dagegen, daß, der in Hamburg augenblicklich bestehende Zustand zu einer „Arbeitsherrschaft“ umgelagert wird.

Hamburg ist ein typischer Fall. Ein Stadtstaat, dessen Bevölkerung fast ausschließlich aus Arbeitern besteht, mit einer ungeheuren, alten, festen sozialistischen Majorität.

Wir fordern die aufgeklärte Arbeiterschaft auf, diesen mahnwürdigen Versuch antichristlichen Widerstand zu leisten. Der Frieden soll unterzeichnet werden, damit das Nord-

Oberste Heeresleitung und Friedensfrage.

Die Aussichtlosigkeit des Widerstandes.

Die Oberste Heeresleitung gibt durch WB einen Bericht über die Verhandlungen, die zwischen ihr und der Regierung vor dem Friedensschluss gepflogen worden sind. Am 20. Juni hat Hindenburg dem Reichswehrminister eine Erklärung überhand, wonach bei Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen vorübergehende Erfolge im Osten möglich, dagegen im Westen die Lage ziemlich unhaltbar sei. Ein günstiger Ausgang der Gesamtsituation sei daher sehr fraglich, aber als Soldat müsse er den ehrenvollen Untergang einem sich im üblichen Frieden vorziehen. Außerdem ist bei einer Besprechung in Weimar am 19. Juni von allen anwesenden Kommando- und Reichswehrministern zum Ausdruck gebracht worden, daß eine große Anzahl von Offizieren und Freiwilligentruppen dem Dienstauftrag würdevoll, wenn die Regierung die „Schmachparagrafen“ annimmt.

In der Nacht vom 22. zum 23. Juni erhielt die Oberste Heeresleitung in Kolberg die Mitteilung, daß die Entente unsere Vorbehalte zurückgewiesen habe, worauf Hindenburg telegraphierte, daß sich an der oben gekennzeichneten Stellung der Obersten Heeresleitung seitdem nichts geändert habe.

Am 23. Juni vormittags wurde der Obersten Heeresleitung aus Weimar berichtet, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich angenommen werden würde. Major v. Giffa habe die militärische Lage dahin erläutert, daß die Truppen jedenfalls der großen Masse sich der Haltung der Regierung nicht anschließen könnten. General v. Lüttwig habe dem Reichswehrminister telephonisch mitgeteilt, daß er und seine Offiziere über die Frage des Abschieds noch nicht schlüssig seien, denn es bestünde die Gefahr, daß die führerlosen Truppen beschwehrt würden. Kurz vor 12 Uhr telephonierte der Reichspräsident den Ersten Generalquartiermeister persönlich an und bat nochmals um Auskunft, welche Stellung die Truppen zu der bevorstehenden Annahme nehmen würden, man besürchte nach den Mitteilungen des Generals von Lüttwig an den Reichswehrminister Militärrevolten.

Auf diese Frage erfolgte um 12 Uhr mittags die nachstehende Antwort des Ersten Generalquartiermeisters, nicht in feiner dienstlichen Eigenschaft, sondern, wie er ausdrücklich erklärte, als Deutscher, der die Gesamtlage klar überblickt. Er sei verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ein Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten im Enderfolg aussichtslos sei und daß nur, wenn diese in einem öffentlichen Kampf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegen und von jedem Offizier und Soldaten verlangt würde, daß er auch bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleibe und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland tue. Aussicht bestehe, daß das Militär sich hinter ihn (Moske) stelle und damit jede neue Umsturzbewegung im Innern, sowie Kämpfe nach außen im Osten verhindert werden.

Weitere Schritte der Obersten Heeresleitung sind in der Friedensfrage nicht getan worden.

Keine Berlinmüden Truppen.

In der im heutigen Morgenblatt von uns wiedergegebenen Meldung des „Volksanzeigers“, daß ein Teil der Regierungstruppen Berlin zu verlassen wünsche, erfahren wir von ausländischer Stelle, daß es sich um eine absolute Falschmeldung des „Volksanzeigers“ handelt. Den Truppen ist das Ausweichen von der Reichsregierung freigestellt worden, aber sie haben pflichttreu erklärt, in der jetzigen schwierigen Lage auf ihren Posten auszuharren zu wollen.

Ausdehnung des schlesischen Eisenbahnerstreiks.

Ubergreifen auf den ganzen Breslauer Direktionsbezirk.
Breslau, 26. Juni. Der Eisenbahnerstreik hat von Breslau nahezu auf den ganzen Direktionsbezirk übergegriffen. Auf fast allen größeren Stationen in Nieder- und Mittelschlesien ruht der Verkehr. In Oberschlesien wird der Verkehr dagegen voll aufrechterhalten. Züge verkehren von und bis Brieg. Soweit die Stimmung unter der oberschlesischen Eisenbahnerschaft beurteilt werden kann, deutet sie vorläufig nicht auf eine Beteiligung am Streik.

Görlitz, 26. Juni. In einer gestern nachmittag in der Stadthalle abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Görlitz und Umgebung wurde einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Der Verkehr auf den preussischen Bahnen ist daher eingestellt. Die Gründe für den Streik sind in der Hauptache die gleichen wie in Breslau.

Brückenattentat in Oppeln.

Oppeln, 26. Juni. (29) In der vergangenen Nacht spielte sich ein schwerer Kampf mit einer bewaffneten Bande um den Bahnhof Oppeln und die Eisenbahnbrücke über die Oder ab. Die Bande wurde mit Gewehrfeuer, Raschfeuer, Handgranaten vertrieben. Der Kampf begann um 11 Uhr abends und zog sich bis in die Morgenstunden hin.

Streik im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird uns gemeldet:
Die technischen Angestellten der großen Schachtanlagen bei Hamm i. Westf., sowie die Belegschaft von drei Werken sind in den Streik getreten. Die Ursache ist die abgelehnte WiederEinstellung eines Steigers Köhling von Reche de Wandel. Auf dieser Reche ist der Direktor Hochströte. Dieser Herr ist als einer der stärksten, rücksichtslosesten Herren im ganzen Ruhrrevier bekannt. Er hat den Steiger Köhling vor einigen Wochen entlassen und da hierbei von diesem auch Widerworte gegeben wurden, hält er die Entlassung nach § 89 des Verfassungsgesetzes (Beleidigung des Arbeitgebers) aufrecht. Da die Angestellten und Arbeiter im dortigen Bezirk keine andere Möglichkeit sehen, um diesen Herrenmenschen dazu zu zwingen, seine Angestellten anständig zu behandeln, haben sie am Sonntag den Beschluß gefaßt, daß entweder Steiger Köhling eingestellt wird oder das ganze Revier zum Stillstand kommt. Sie haben durch Telegramm den Handelsminister sowie den Reichskommissar Speyer gebeten, die Wiedereinstellung zu veranlassen, doch anscheinend ohne Erfolg. Daher sind die Werke am Dienstag in den Streik getreten. Bei einigen guten Willen hätte dieser Streik verhindert werden können, denn allein die Brutalität des Direktors, eines Mannes, der viele Menschen im Laufe der letzten Jahre aufs Pfloster geworfen hat, ist schuld daran.

Industrie und Handel.

Börsen.

Die Aufwärtsbewegung an der Börse machte trotz der Unruhen im Reich Fortschritte. Das Geschäft allerdings hielt sich in den engeren Grenzen. Wenig einseitige Kurse wiesen Monatswerte auf, dagegen erlitten Rohwerte erneut wesentliche Steigerungen, und zwar bis zu 15 Proz. Schiffsdiskontien fehlten behauptet ein und schlossen sich später der Aufwärtsbewegung an. Rüstungspapiere waren teilweise gebessert. Der neuerliche Rückgang der Rüstung bewirkte eine erneute Steigerung der sogenannten Volumenterte. Devisen Anleihen wiesen geringfügige Veränderungen auf. Kriegsanleihen gingen zu einem Kurse von 73 1/2 Proz. um.

Staatsbankrotte. Das während des Krieges durch die Jansur in seiner Verbreitung gehemmt gewesene Werk von Prof. Dr. Alfred Moles „Staatsbankrotte“ ist soeben in zweiter veränderter Auflage erschienen. (Verlag Karl Siegelmann, Berlin SW. 11.)

Groß-Berlin

Zum Eisenbahner-Streik.

Die Lage auf dem Görlitzer Bahnhof hat sich heute nicht unersichtlich verbessert. Dank den Bemühungen und der rastlosen Arbeit der Beamten dieses Bahnhofs ist es gelungen, den Vorarbeiten bis nach Königsbrunnhausen wieder aufzunehmen. Der erste Bahnzug ist um 8.40 Uhr vormittags nach der Endstation abgefahren worden und seitdem verkehren die Züge regelmäßig. Ebenso gelang es, den D-Zug nach Görlitz um 10.15 abzulassen; ein zweiter Zug nach Görlitz folgt um 2.35 mittags.

Dagegen ruht die Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten des Görlitzer Bahnhofs noch vollständig. Am Vormittag gegen 10 Uhr fanden Verhandlungen zwischen den Betriebsleitern und den Ausführenden im Bahnhofgebäude statt, die als Vorbesprechungen für die am heutigen Abend stattfindende Lohnkonferenz zwischen den Betriebsleitern und denen der Eisenbahner dienen sollen. Ebenso treffen Personen- und Güterzüge aus Schlesien auf dem Görlitzer Bahnhof nicht mehr ein, doch ist dies eine Folge des dortigen Eisenbahnerstreiks. Die Beamten der Güterabfertigung des Görlitzer Bahnhofs arbeiten, da die Arbeiter selbst streiken, Tag und Nacht, um die Ausfahrten bewerkstelligen zu können. Vor allem ist es notwendig, Güter und verderbliche Waren abrollen zu lassen, so daß durch die aufopfernde Tätigkeit dieser Beamtenschaft erheblicher Schaden verhindert werden ist.

Im Gegensatz zu dem Zustand am Görlitzer Bahnhof haben die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Westens, soweit sie dem Allgemeinen Eisenbahnerverband angehören, am heutigen Morgen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen vom Reichswehrminister Roske laut dessen heutiger Verfügung militärischer Schutz gegen den Terror zugesichert worden ist.

Wie uns von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, werden wohl noch im Laufe des heutigen Tages auch in den übrigen Eisenbahnwerkstätten die dem oben genannten Verband angehörenden Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, sobald Posten der Regierungstruppen ihre Arbeit schämen.

Einigung über die Kommunalisierung der Straßenbahn.

Die Verhandlungen zwischen den Delegierten des Verbandes Groß-Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn haben zu folgender Verständigung geführt:

Der Verband Groß-Berlin erwirbt das Unternehmen als Ganzes gegen einen in vierprozentigen Verbandsobligationen zu zahlenden Preis von 100 Proz. des Aktienkapitals (rund 100 Millionen Mark). Daneben wird mit Rücksicht auf den von der Gesellschaft angesammelten Tilgungsfonds ein weiterer Betrag von 57 1/2 Proz. des Aktienkapitals in Obligationen gleicher Art bezahlt. Die Tilgung der Obligationen erfolgt bis zum 31. Dezember 1940.

Provokationen Halbwüchsiger.

Uns wird geschrieben: Gestern, den 24. 6., abends 7 1/2 Uhr, befand ich mich im Straßenbahnwagen der Linie 23. An der Haltestelle Badstraße traf ich durch großen Lärm auf der Straße aufmerksam gemacht, sah ich, wie eine große Menge — meist junge Burschen, aber auch einige ältere Männer, sogar eine Frau — eine drohende Haltung gegen einen auf dem Vorderpertron sitzenden Soldaten der Reinhardt-Brigade einnahm. Trotzdem der Wagenführer weiterfuhr, bestiegen während der Weiterfahrt diese dieser Burschen von allen Seiten den Vorderpertron und schimpften in allen Tonarten auf den Soldaten los, der aber glücklicherweise ohne Kränke beharrte und nicht erwiderte. Man verfuhrte, ihm die Waffen (Revolver und Seitengewehr) abzunehmen. Schließlich gelang es einem an der linken Seite des Wagens aufgesprungenen blühenden Burschen, dem Soldaten das Seitengewehr zu entreißen und damit dabonzulaufen. Darauf lud der Soldat seinen Revolver. Ob er die Waffe hatte, zu schießen, weiß ich nicht; er wurde jedenfalls von einer Frau gebitten, nicht zu schießen, worauf er dann seinen Revolver in der Hosentasche verschwinden ließ. Dem schönen Mohnen des Führers ist es wohl zu verdanken, daß die Menge von der weiteren Verfolgung des Soldaten abließ. Nur dem ruhigen und anerkanntwertigen Verhalten des Freiwilligen ist es zu verdanken, daß neues Blutvergießen verhindert wurde.

So werden die Regierungstruppen bis aufs Äußerste gereizt. Wären sie sich ihrer Daut, dann wird wieder das alte Geschrei „Muthunde“ usw. angestimmt und den Regierungstruppen alle Schuld aufgeladen.

Keine Aufhebung der Anwesenheitspflicht. Die Hauptverwaltung der Spandauer Reichsbetriebe teilt folgendes mit: In den Kreisen der älteren Arbeiter wird das Gerücht verbreitet, die Anwesenheitspflicht sei aufgehoben. Dieses Gerücht entspricht nicht seiner Richtung hin den Tatsachen. Die ausländischen Verwaltungen beschäftigen sich im Gegenteil mit der Verbesserung dieser Einrichtung. Die Verheerung solcher Gerüchte hat nur den Zweck, Unruhen in die Kreise der Arbeiter hineinzutragen. Die besonnenen Spandauer Arbeiter werden solchen Gerüchten keinen Glauben schenken.

Verformung der inaktiven Unteroffiziere. In der Versammlung des Verbandes inaktiver Unteroffiziere in den „Sophienhöfen“ gab der Vorsitzende, Kamerad Stenzel, zunächst einen Überblick über die Stärke und Ziele des Verbandes. Die inaktiven Unteroffiziere verlangen Gleichstellung mit den aktiven. Sie fordern die Auflösung einer Entschadigungssumme von 600 M. für Beurlaubte und 50 M. für jedes Kind und 300 M. für unversehrte Unteroffiziere. Ferner wollen sie — ebenfalls mit den aktiven Offizieren und Unteroffizieren eine Verteilung von 22 Mann im Kriegsministerium haben. Ferner brachte der Redner zum Ausdruck, daß sie infolge Herabsetzung der Bezahlung für die Entlassung während und infolge des Freiwilligen-Postens keine Arbeit finden könnten, und sie verlangen daher, daß die Regierung die ihnen gemachten Zulagen hält. Sie werden erschaffen hinter der Regierung, daß verstanden sie Gleichberechtigung.

In der Diskussion wurde von allen Rednern die wirtschaftliche Gleichstellung mit den aktiven Unteroffizieren gefordert und zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung ihre angebotenen Zulagen betreffs der wirtschaftlichen Sicherung nach den jetzt notwendig gewordenen Entschadigungen halten müsse. Bekannte Klage wurde gegen die Urbergriffe einzelner Offiziere geführt und ausgedrückt, daß man sich zu keinem Schritt von rechts noch wie von links mißbrauchen lasse, sondern frei zur Regierung gehen werde.

Zweite berichte über die Einigungsverhandlungen mit dem von Graudenz gegründeten Reichsverband. Die Einigung sei zu-

Hande gekommen und Graudenz wählt 6 Vertreter im Kriegsministerium. Es soll in nächster Zeit eine Delegiertenkonferenz für Deutschland stattfinden und eine Zeitung für den Verband herausgegeben werden.

Am 10 Uhr erschienen plötzlich 2 Offiziere mit zwei mit Regimentsgruppen besetzten Lastautos. Sie erklärten den Auftrag zu haben, die Versammlung wegen „schamloser Sache gegen die Regierung“ auflösen zu lassen. Nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß ein Widerstand nicht vorlag, konnte die Versammlung ruhig weiter togen.

Verein sozialdemokratischer Justizbeamten, Abteilung Groß-Berlin. In der Sitzung am Mittwoch, den 24. Juni, in Havelands Hofstraße sprach Gen. Landrichter Kuben, Delegierter zum Weimarer Parteitag über die vom Parteitag behandelten Beamtenfragen. In der anschließenden Diskussion trat deutlich der lebhafteste Wunsch hervor nach Zusammenfluß aller sozialdemokratisch gekundeten Beamten und nach Schaffung einer besonderen Stelle für Beamtenfragen innerhalb der Parteileitung. Die nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Der Verein sozialdemokratischer Justizbeamten spricht im Anschluß an den Bericht des Gen. Kuben über die Beratung der Beamtenfragen auf dem Weimarer Parteitag seine Beugung über die Resolution des Gen. Steinfuß und den Aufschub von Ankl. Nr. 257 der Drucksachen) aus. Er erwartet, daß die Parteileitung bald mit aller Energie für die Durchführung der Resolution eintritt, insbesondere die beschlossene Zentralstelle nebst einer Zeitschrift für die sozialdemokratischen Beamten scheinungsbildet.“

Ein unheimliches Taktel wurde auf dem Postamt in der Oranienburger Straße aufgegeben. Als man es als unheilbar öffnete, um den Täter zu ermitteln, fand man in dem Postkasten die Leiche eines neugeborenen Kindes. Eine zweite Kindesleiche wurde in dem Hause Seestraße 125 gefunden, eine dritte am Richtigsdamer aus der Spree gelandet.

Achtung! Buchbinder-Verband. Alle auf dem Boden der S. P. D. stehenden Kollegen und Kolleginnen, die Mitglieder des Buchbinder-Verbandes sind, treffen sich Freitag, den 27. 6. 1933, abends 8 Uhr, im Puffen-Restaurant, Oranienstr. 180, zu einer wichtigen Besprechung. Parteibuch ist mitzubringen.

Verkehrsstreik beim Sommerfest im Stadion. Das Fest der Großen Berliner Sportvereine am Sonntag hat wie im Vorjahr und auch in der Vergangenheit einen guten Rennverlauf gehabt. Zum erstenmal wird im Stadion ein „gemischter“ Staffellauf vor sich gehen: in dem 400-Meter-Staffellauf werden von jedem Verein erst ein Vollmitglied, dann ein Reservist, dann ein Altersmitglied über 30 Jahre, dann eine Dame sich gegenseitig abgeben. Im 3000-Meter-Staffellauf steht Vladimir von Wolf. Beginn der Abteilungen um 4 Uhr nachmittags. Souverän bei A. Beckheim und in den Sportgeschäften.

Neue Philharmonie. Rippenstr. 96/97. Vom 27. Juni ab: „Schatten der Vergangenheit“.

Charlottenburg. Die Stadtoberordnetenversammlung bewilligte zunächst dem Ausschuss für wissenschaftliche Vorlesungen des Berliner Lehrervereins einen einmaligen Zuschuß von 400 M. und der Beratung der für Geldschulden eine solche in Höhe von 1500 M. für die Volkshochschule wurde einer Veräußerung der Mittel um 11.800 M. zugestimmt. Ein Antrag, die Schuldenaufnahme so zu erweitern, daß in jeder derselben eine von den Lehrer- und Lehrerinnen-Organisationen gewählte Persönlichkeit darin Sitz und Stimme haben kann, wurde abgelehnt. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen stellten sich auf den Standpunkt, daß man den Lehrern keine bevorzugte Stellung einzuräumen könne, viel wichtiger sei vielmehr, daß in Zukunft den Eltern weitgehender Einfluß in der Schulverwaltung gesichert werde.

Ein Antrag, die Fürsorge für die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen der Stadt Charlottenburg der städtischen Fürsorge zu übertragen, wurde angenommen. Dieser Stelle steht in Zukunft für die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen eine einseitige Seite. Die Bildung eines städtischen Ausschusses, welcher an der Beratung des Schiedenswerkes über die Gestaltung der Großen Berliner Verhältnisse teilnehmen soll, wird zugestimmt. Die Anstellung einer Ärztin für die Armenverwaltung bei der Magistrat abgelehnt, weil noch Meinung der Stadtdiät, keine ausreichende Beschäftigung für die Ärztin vorhanden sei. Die Stadtratsratsversammlung ist anderer Ansicht und stimmt in ihrer Mehrheit dem von der Seite gestellten Antrag zu, den Magistrat zu erlauben, sofort für die Armenverwaltung eine Ärztin anzustellen. Der Gehalt einer Beihilfe in Höhe von 500 M. an den Verein freier Schwimmer, Charlottenburg, wird vom Magistrat aus etatmäßigen Gründen widersprochen. Beide sozialdemokratischen Parteien traten lebhaft dafür ein. Der Antrag wurde angenommen.

Die technischen Angelegenheiten der städtischen Werke, hauptsächlich der Wasserwerke, sind ungelöst, weil sie für den Bereitstellungsbedarf nicht entschädigt werden. Ihrem Wunsch nach dieser Richtung hin soll bei der Aufstellung des neuen Normal-Befehlungsplans Rechnung getragen werden.

Einen Dreifachleitantrag, durch den der Magistrat ersucht wird, Mittel zu finden, welche eine Verabsicherung der unerschöpflich gewordenen Lebensmittelpreise ermöglichen, führt zu einer lebhaften Debatte. Der Magistrat für Lebensmittelfragen wies darauf hin, daß die Kartoffeln, welche jetzt zur Vorkasse gelangen, der Gemeinde selbst 40 M. per Tonne kosten, während sie für 25 M. an die Verbraucher abzugeben werden. Auch die Preise für Schweinefleisch, welche jetzt 11 M. betragen, werden auf 13 M. per Pfund steigen. Die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen sollen billiger, in früheren Jahren erhaltene Fleischkonferenzen erhalten. Außerdem will man an die Hinterbliebenen Zuschüsse geben und einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung näher treten. Eine wirksame Bekämpfung der ungesunden Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kann jedoch nur durch den Staat erfolgen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steigende Preise. Vom 24.—26. Juni auf Wochen 9 der Clericals 1 (1,25 M.) sowie Brotzeit reist. — Vom 23.—25. Juni können gegen Ende des Monats 29 der braunen Steigermittelkarte und gegen Vorlegung der Kartofelkarte weitere 3 Pfund Kartoffeln entnommen werden.

Wurst. Donnerstag gelangen für die Woche vom 23. bis 29. Juni 125 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte zum Preise von 1,35 M. auf Abchnitt 7 der Einkaufskarte zur Ausgabe.

Wurstwaren. Freitag ab auf Abchnitt 30 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 1 Berlin (0,95 M.), Abchnitt 31 500 Gramm Rindfleisch (0,60 M.), Abchnitt 32 150 Gramm Wurst (0,14 M.), Abchnitt 33 der Augendruckkarte 150 Gramm Wurst (0,65 M.). Die Ware ist bis spätestens Freitag, den 4. Juli, abzugeben.

Gewinnabgabe. Sonnabend von 9 Uhr ab können durch die Gemeinde Himmelpforten beim Volkswirt Max Walter, Hauptstr. 29, zum Verkauf, Preis vorläufig 4 M. pro Pfund, Rindfleisch für Kinder unter zwei Jahren kommen am Freitag, den 27. Juni, in der Allen Schule, Zimmer 2, zur Ausgabe.

Wurst. In der Rindfleisch Karte gelangen Donnerstag, 26., vormittags, große dänische Wurst zum Verkauf. Weitere Sendungen sind nicht zu erwarten. — Auf Abchnitt 9 der Lebensmittelkarte bei Koch, Wilhelmstraße, 50 Gramm Talg (1,30 M. pro Pfund). Abchnitt 9 Wurst für die Talglieferung besteht, da der Talg immer nur in geringen Mengen eintrifft.

Vereine und Versammlungen.

Achtung, Kriegsdienstverweigerer! Unter den Kriegsdienstverweigerern Groß-Berlins hat sich eine „Sozialistische Arbeitsgemeinschaft“ (Sozialistische Arbeitsgemeinschaft) gebildet. Die Mitglieder sowohl der beiden sozialistischen als der kommunistischen Partei umfasst, als auch solche Kollegen, die sich noch keiner Partei anschließen haben. Die Arbeitsgemeinschaft besteht an der Zeit an dem Ausbau einer sozialistischen Partei mitzudenken. Sie hat die Absicht, sich der Zentralstelle, Vereinigung der Sozialdemokraten anzuschließen und mit den sozialistischen Arbeiter-Organisationen zusammenzuarbeiten. — **Freier Arbeiterbund.** 28.—29. Juni, Sonnabend, 10 Uhr, im „Tornow“ (Karl) bei Tempel, 101. Kustaler Bahnhof nach Köpenick, 6.42 Uhr, im „Schiller“ Bahnhof nach Tempel — Gr. Berlin, 5.12, 8 Uhr, 101. Potsdamer Vorortbahnhof nach Wandlitz, 4.38 u. 5.12, 7.38 Uhr.

